

Rheingauer Beobachter

Fernsprecher 22.

„Eltviller Zeitung“ und „Stadt-Anzeiger.“

Fernsprecher 22.

Nachweislich
größte Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville.



Erscheint Dienstags und Samstags — Abonnementspreis pro Quartal M. 1.00 für Eltville und auswärts. (ohne Trägerlohn und Postgebühr. — Inseratengebühr: 20 J die einspaltige Petit-Zeile. Reklamen die Petit-Zeile M. 3.00.

Druck und Verlag von Alwin Boege in Eltville.

Der „Rheingauer Beobachter“ veröffentlicht zeitig alle städtischen amtlichen Bekanntmachungen.

N^o 5.

Eltville, Samstag, den 18. Januar 1919.

50. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung.

1. Sämtliche Personen, welche sich Material irgend welcher Art angeeignet haben, das früher Eigentum der deutschen Militärbehörde war, sind verpflichtet, dasselbe sofort der französischen Militärbehörde, zwecks Rückgabe anzumelden. Jeder Befiger, welcher diese Meldung spätestens bis zum 25. Januar nicht erstattet, wird vor ein Kriegsgericht gestellt.
2. Da jede Eigentumsübertragung bzw. Uebergabe durch die Arbeiter- und Soldatenräte ungesetzlich ist, sind alle Personen, welche auf diese Weise Material erworben haben, nicht zu Preisen, welche dem wirklichen Wert nicht entsprechen, verpflichtet, unter denselben Bedingungen eine entsprechende Meldung zu erstatten. Jeder Zuwiderhandler wird den Personen gleichgestellt, welche Material entwendet haben.
3. Die Anmeldungen haben bei der Platzkommandantur Mainz, bei den Ortskommandanturen der Gemeinden, in denen französische Truppen untergebracht sind, bei den französischen Gruppenkommandanturen oder bei den Militär-Verwaltern, zu erfolgen.
Hauptquartier, den 9. Januar 1919.
Der Oberbefehlshaber der 10. Armee:
Rangin.

Bekanntmachung.

Vom 4. bis 6. Februar 1919 findet in Eltville durch den Ob- und Weindauinspektor Schilling-Giffenheim, ein dreitägiger Gemüsehaukursus nach folgendem Lehrplan statt:

1. Tag.
Die wichtigsten Grundbedingungen für erfolgreichen Gemüsebau (Lage, Boden und Einteilung des Gemüsegartens; Bodenbearbeitung, -verbesserung, Düngung; Saatgut, Aussaat, Anzucht der Gemüsepflanzen, Auspflanzungen; Fruchtfolge; Gießen und anderes.)
2. Tag.
Die Kultur der Kohlkarten, der Hülsenfrüchte, der Wurzel- und Spinatgewächse.
3. Tag.
Die Kultur der Salat-, Lauch- und Gurkengewächse, der Kürbiskürbis, der Tomaten und des Rhabarbers. Die gefährlichsten Gemüsehädlinge und die Ueberwinterung der Gemüse in feuchtem Zustande.
Die Teilnahme an dem Lehrgang ist für jedermann kostenfrei. Die Vorlesungen finden täglich nachmittags von 2 bis 5 Uhr im Städtischen Sitzungssaal Rathaus statt.
Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden gebeten, Papier und Bleistift mitzubringen.
Meldungen zu dem Kursus haben bis spätestens 2. Februar 1919 schriftlich zu erfolgen.
Eltville, den 11. Januar 1919.
Der Magistrat.

Politische Uebersicht.

Ledebour gefangen.

* Berlin, 16. Januar. Am 12. Januar wurden mehrere Führer der Spartakisten verhaftet, unter ihnen auch Ledebour. Bei der Verhaftung des Vorwärts ist u. a. der bekannte sozialistische Agitor Probi von den Regierungstruppen gefangen genommen worden. Im übrigen gerieten von den Ueberlebenden auch einige Frauen in Gefangenschaft. Das Vorwärtsgebäude ist vielfach von Artilleriegeschossen getroffen worden. Die Haupttore wurden zertrümmert. Von den Druckereimaschinen wird die eine, nämlich frühestens in 14 Tagen wieder gebraucht. Die Maschinen des Verlagshauses Bögenstein dagegen alle unversehrt sein.

Diebnecht erschossen, Rosa Luxemburg gelichtet.

* Berlin, 16. Januar. Am gestrigen Mittwochabend sind die beiden Hauptführer der Spartakusbewegung ums Leben gekommen. Diebnecht wurde nach seiner Verhaftung auf seiner Flucht im Tiergarten erschossen, während Rosa Luxemburg von der wütenden Menge durch Schläge über den Kopf und einen Revolverstoß am Fürstendamm, nahe der Nürnberger Straße, getötet wurde.

Lotale und vermischte Nachrichten.

□ Eltville, 15. Januar 1919.
Stadtverordneten-Sitzung.

Anwesend unter dem stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Jos. Roegler folgende Mitglieder des Kollegiums: Jos. Abt, Rich. Dommermuth, Karl Fischer, Peter Fleschner II., Karl Jypel, Peter Kopp, Dr. Kornbusch, Rath. Krebs, Hg. Jos. Kremer, Dr. Merden, Wilhelm Offenstein, Caspar Rau und Hg. Simon.

Seitens des Magistrats war anwesend Bürgermeister Dr. Reutner.

Das Amt des Schriftführers vertrat der stellvertretende Schriftführer Dr. Merden.

Der Herr stellv. Stadtv. Vorsitz. Jos. Roegler eröffnete die Sitzung und legte die Versammlung davon in Kenntnis, daß der bisherige Vorsitzende Herr Jos. Abt sein Amt als solcher niedergelegt habe. Ueber die Gründe der Niederlegung bitte er Herrn Abt, selbst darüber Mitteilung zu machen.

Stadtv. Abt erklärte, daß es ihm unmöglich sei, dieses Amt weiter zu führen, da man ihm ja meuchlings in den Rücken gefallen sei, indem Herr Bürgermeister Dr. Reutner ohne sein und einigec ihm wahrscheinlich nicht genehmigtes Stadtv. Kollegium eine Sitzung abgehalten habe, worin ein vor 2 Tagen gefasster Stadtv. Beschl. erneuert zur Vorlage gebracht werden soll, ohne vorher, wie gesetzlich geboten, die Magistrats-Sitzung zu passieren. Herr Abt sagte weiter: wer seine Gefühle nicht begreifen könne, müsse er ausrufen: „Hony soit, qui mal y pense“. Man habe ihm weiter zugemutet, daß er die 2 Punkte betreffend Umgestaltung der Lateinschule, die erst vor 8 Tagen von der gesamten Stadtv. Versammlung auf drei Monate vertagt worden sind, wieder auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Einem Manne, der Charakter hat, könne man so etwas nicht zumuten.

Stellv. Stadtv. Vorsitz. Roegler widerspricht seinem Vorgesetzten und erklärt, daß er deswegen das Amt nicht hätte niederlegen brauchen.

Stadtv. Dr. Kornbusch ist sehr erstaunt darüber, daß er die bereits vor 8 Tagen vertagten Punkte wieder auf der Tagesordnung findet; Reutner hält es, gelinde gesagt, für sonderbar, daß man die heutige Tagesordnung wieder damit belästigt, ohne daß vorher dem Magistrat der Beschluß des Stadtv. Kollegiums vorgelegt und ein neuer Magistratsbeschl. abgemutet wurde, er stimme deshalb dagegen, daß heute über die beiden Punkte verhandelt wird, sollte es dennoch der Fall sein, so werde er sich weitere Schritte bei dem Bezirksausschuß vorbehalten.

Stadtv. Rau bringt hierauf folgendes zu Kenntnis.
Sitzung 15. Januar 1919.

Wie mir mitgeteilt wurde, haben am 10. Januar nicht eine sondern zwei Ueberumpelungs-Stadtv. Versammlungen stattgefunden. Ich nenne diese so, weil ich dem Vorschlag des Herrn Dr. Kornbusch zustimme, welcher in einer früheren Sitzung gesagt hat, man möge Versammlungen min-

destens 3 Tage vorher ausagen, damit die Mitglieder sich über die betreffenden Punkte orientieren können. Auf der Tagesordnung stand: „Dringliche Sitzung“ auf Antrag des Magistrats, von dem Vorsitzender Jacob Fischer hier die Zuderrücknahme von rund 20 Morgen anzufordern. Eingeladen wurde Mittags um 3 Uhr, um 5 Uhr desselben Tages sollte die Versammlung sein! aus diesem Grunde bin ich der Versammlung ferngeblieben.

Wie ich weiter erfahren habe, fand nach der angemeldeten Versammlung eine zweite nicht angemeldete Versammlung bevorzugter statt. Warum die erste Versammlung betr. Verkauf von Zuderrücken, welche schon den ganzen Winter aufgezogen zu werden warteten, so wichtig war, ist in dem Bericht nicht gesagt. Vielleicht ist die zweite nicht bekannt gegebene Versammlung bevorzugter die wichtigste gewesen. Ich bitte um Auskunft, was in dieser Sitzung verhandelt wurde. Das Eltville Amtsblatt soll nicht wieder bringen: „Ein Eingehen von dem, was ich vorgebracht, wurde von keiner Seite der Versammlung gewünscht!“

Bürgermeister Dr. Reutner erwidert auf die ihm gemachten Vorwürfe, daß nach der Städteordnung 1/1, der dem Kollegium angehörenden Stadtverordneten berechtigt sind, eine Sitzung einzuberufen und das sei hier der Fall, denn es hätten 8 Stadtverordnete den Antrag auf Einberufung dieser Sitzung unterschrieben und die Tagesordnung festgesetzt.

Stadtv. Dr. Kornbusch ist trotzdem gegen die Verhandlung, obgleich ein derartiger Beschluß vorliegt, er wolle hier nicht unterzucken, unter welchen Umständen dieser Beschluß überhaupt zustande gekommen ist. Reutner ist dafür, daß beide Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden, sollte trotzdem über die fristigen Punkte verhandelt werden, so protestiere er sehr energisch dagegen und werde beim Bezirksausschuß unter Darlegung der Umstände, unter denen der Antrag auf Wiederberufung zustande kam, gegen eine etwaige Verhandlung oder Beschlüsse Protest erheben.

Stadtv. Abt konstatiert noch, daß sein Antrag auf Vertagung der Schulangelegenheit auf drei Monate bei der vor acht Tagen stattgefundenen Sitzung einstimmig angenommen wurde.

Nach einer kurzen Kontroverse zwischen den Stadtverordneten Roegler und Abt wird das Protokoll der vor 8 Tagen stattgefundenen Sitzung verlesen, aus dem hervorgeht, daß der Antrag Abt auf Vertagung angenommen wurde, das Wort „einstimmig“ darin aber fehlt. Es wird dann festgestellt, daß der Vertagungsantrag mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde.

Stadtv. Rau ist der Ansicht, daß Herr Abt, bevor das Protokoll niedergeschrieben wurde, erklärt hat, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Stadtv. Vorsitz. Roegler läßt nunmehr über den 4. Punkt der Tagesordnung, Umgestaltung der Lateinschule, abstimmen. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Punktes. Dagegen stimmen die Herren: Josef Abt, Rich. Dommermuth, Wilh. Offenstein, Dr. Kornbusch und Caspar Rau.

Stadtv. Vorsitz. Roegler fragt an, ob man die Verhandlung dieses Punktes in geheimer Sitzung wünsche. Stadtv. Rau spricht sich energisch gegen eine geheime Verhandlung aus. Die Öffentlichkeit soll und muß erfahren, was jetzt verhandelt wird; heute, wo eine Anzahl Zuhörer da sei, solle man dieselben nicht hinausweisen.

Stadtv. ordneter Fleschner bittet, nur den Punkt 3) „Anstellung eines vorübergehenden Gutachters“ in geheimer Sitzung zu verhandeln.

Stadtv. ordneter Dommermuth bringt ein Anliegen vor und fragt den Herrn Bürgermeister, ob es sich nicht ermöglichen lasse, daß, wenn nachts ein Unfall oder plötzlicher schwerer Krankheitsfall in irgend einer Familie entsteht, die Sperre für die hilfesuchenden Personen aufgehoben werden kann. In den letzten Nächten habe sich ein derartiger Fall ereignet, wo der Angehörige eines

In Lebensgefahr schwebenden Patienten, der ärztliche Hilfe herbeirufen wollte, von dem Straßenposten nicht durchgelassen wurde. Ein durch die Liebenswürdigkeit eines in dem betreffenden Hause anwesenden französischen Offiziers sei es möglich gewesen, die Sperre zu passieren. Ferner fragt Redner an, ob der Herr Bürgermeister bereits Schritte getan habe zur **Niederlegung** seines Amtes als **Amtsanwalt**: der Herr Bürgermeister habe doch bei der kürzlich bewilligten Gehaltserhöhung versprochen, daß er sofort sein Amt als Amtsanwalt niederlegen resp. sofort die hierfür nötigen Schritte tun wolle.

Bürgermeister Dr. Reutner erwidert darauf, daß er betreffs der Aufhebung der Sperre in Fällen wie der vorliegende mit dem Herrn Stadtkommandanten sich in Verbindung setzen will. Betreffs der Niederlegung seines Amtes als Amtsanwalt habe er noch keine Schritte unternommen, da der Magistrat bisher noch nicht den diesbezüglichen Stadtverordnetenbeschluss genehmigt habe, sobald es geschehen ist, werden die nötigen Schritte eingelegt.

Stadtverordneter Fleischer erwidert darauf, er wünsche, daß dem Magistrat das, was die Vertreter der Bürgerschaft beschließen, ein heiliges Verbotnis sein müsse. Der Bürgermeister solle beim Magistrat dahin wirken, daß die Sache bald erledigt wird.

Bürgermeister Dr. Reutner erklärt, daß der Magistrat mit Arbeiten überhäuft sei und noch keine Zeit gehabt habe, den diesbezüglichen Stadtverordnetenbeschluss durchzubekommen, er werde aber dafür sorgen, daß dies bald geschieht, denn ihm selbst sei es angenehm, wenn er dieses ihm unangenehme Amt bald niederlegen kann. — Redner geht dann nochmals auf die geheime Versammlung mit verschiedenen Stadtverordneten ein und erklärt, daß ihm der ablehnende Beschluss des Stadtverordnetenkollegiums sehr nahe gegangen sei, er habe deshalb in einer besonderen Besprechung, zu der er verschiedene Stadtverordnete zu sich gebeten habe, die ganze Schulangelegenheit und die Dringlichkeit derselben nochmals durchgenommen, um die Sache zu einem Ergebnis zu führen und mit den maßgebenden Behörden weiter verhandeln zu können. Redner verliest sodann nochmals die abgeänderten und in weitestgehender Weise entgegenkommenden Magistratsanträge, wonach die Schule in **absehbarer** Zeit verstaatlicht und mit der höheren Töchterschule vereinigt werden soll. Der Leiter der Schule soll katholisch sein und wird infolgedessen auch der bisherige katholische Charakter der Schule gewahrt. Das Kollegium soll heute noch keine Mittel bewilligen, sondern es solle sich grundsätzlich über die vorzunehmende Umgestaltung der Schule entscheiden, damit der Magistrat mit den höheren Behörden über diese Angelegenheit verhandeln könne, ohne einen diesbezüglichen Beschluss seitens des Kollegiums verweigere die Regierung den Eintritt in Verhandlungen. Die Ausführungen, die in vorletzter Sitzung über die finanzielle Bedeutung der Schule gemacht wurden, seien wirkungslos. Die Geldfrage kann erst zur Beratung kommen, wenn die Kostenanschläge fertig sind und das wird noch mindestens 4—5 Monate dauern. Wenn das Kollegium heute erklärt, es will an die Umgestaltung der Schule herangehen, dann wird sich sofort wieder das Verdrauen auf die Schule heben. Die Leiter der Lateinschule habe er gesprochen, sie sind mit ihm über die Frage der Umgestaltung alle einig.

Stadtv. Simon erklärt, daß den Stadtverordneten der Vorwurf gemacht wurde, daß sie ihre **Zustichten wechseln wie die Wäsche** und daß sie kein Maßstab besitzen. Die früheren Beschlüsse sind aber unter ganz anderen Verhältnissen als den jetzigen gefaßt worden; sodas eben die Vorbedingungen andere geworden sind, und dementsprechend auch der Beschluss geändert werden mußte. Der Bürgermeister habe den Herren, die er besonders zu sich gebeten, neue Informationen gegeben.

Stadtverordneter Fleischer: Er habe ebenfalls vor acht Tagen dafür gestimmt, daß die Schulangelegenheit bis zur Beendigung des Krieges vertagt werden soll. Er habe ebenfalls an der bewußten Besprechung teilgenommen und war auf Wunsch des Herrn Bürgermeisters und habe sich in dieser Versammlung belehren lassen. Redner findet gar nichts dabei, daß die 8 Herren sich in dieser Sitzung schriftlich verpflichtet haben, über die Schulangelegenheit nochmals zu verhandeln, aber man soll auch die **Minderheit nicht erdroffen**, sondern die Sache noch etwas vertagen, wenn nicht eine volle Einigkeit zu erzielen ist. Man soll dann eben warten, bis die Wahlen vorüber sind, es wird auf einige Zeit früher oder später nicht ankommen. Redner macht dem Herrn Bürgermeister den Vorwurf, daß seine resp. die Magistratsvorlagen immer wider den Charakter der **Halbfertigkeit** an sich tragen, der Bürgermeister solle etwas Ganzes vorbringen. Das, was er sage, sei die Überzeugung der gesamten Bürgerschaft. Redner bittet, die Umgestaltung der Lateinschule entsprechend dem Magistratsantrag zu genehmigen, allerdings nur, wenn das gesamte Kollegium einstimmig dafür ist. Vor einer Zersplitterung warne er schon im Interesse des Ansehens nach außen hin. Weiter fährt Redner aus: „Der Herr Bürgermeister habe kürzlich einigen Herren und ihm gegenüber erklärt, das **Kollegium habe in der Lateinschule und zum Frankenhause nichts zu sagen**. Dann, fährt Redner zu dem Herrn Bürgermeister gewandt, fort: „Wählen Sie sich auch einen Rektor ohne das Kollegium“, wenn aber die Mittel bewilligt werden sollen, dann wird das Kollegium noch 1 bis 2000 Mark extra zulegen. Bedeutende hiesige Bürger hätten ihm erklärt, daß diejenigen Schüler in der Lateinschule, die später Arzt, Geistlicher oder sonst einen akademischen Beruf wählen wollten, ganz anders unterrichtet wurden als solche, die später einem gewerblichen Berufe sich widmen wollten. Der Magistrat kann nun machen, was er wolle.

Stadtv. Aht erklärt, daß er kein Gegner der Umgestaltung der Lateinschule ist, aber ihm **bangt** vor dem **Geldzusatz**. Denn, wenn die Stadt 30—40 000 Mark zuzahlen muß, soll man nicht so eilig sein. Die Art und Weise, wie ihm die Sache vorgetragen

wurde, könne er nicht gut heißen. Wenn nach der von dem Herrn Fleischer zitierten Aussage des Herrn Bürgermeisters die Stadtverordneten nichts zu sagen haben, dann brauche der Herr Bürgermeister ja auch nicht den Beschluss des Kollegiums. Nach einer Zeitungsmitteilung soll ja überhaupt die Einjährig-Berechtigung abgeschafft werden. Was nun die Zeitung des Herrn Pfarrer Schilo anbetrifft, so habe sich derselbe getreulich um die Schule bekümmert und sitze ein sehr großes Interesse an dem Fortbestand derselben unter den bisherigen Bedingungen gezeigt. Herr Pfarrer Schilo war stets sehr gut über die Verhältnisse in der Schule orientiert und war stets dagegen, wenn Schüler, die sich im ersten Jahr nicht besonders befähigt zeigten, aus der Schule entfernt werden sollten. Redner verliest dann noch einen Brief eines Kaplans, der aber nicht zu dessen Gunsten spreche, wenn er schreibe, sie hätten keine Zeit zur Vorbereitung für ihre Unterrichtsstunden; in diesem Falle sollten sie weniger Privatstunden geben, außerdem seien 2 der Herren Kaplane lediglich wegen der Katechismus hier angestellt.

Stadtv. Dr. Kornbusch stellt fest, daß nach den Worten des Herrn Simon Herr Bürgermeister Dr. Reutner einzelne Stadtverordnete **besonders informiert** habe. Das gebe ihm Veranlassung, die **Protokollierung** dieser Erklärung zu beantragen.

Stadtv. Simon: Die Information erhielten nur 2 Stadtverordnete, die in der betreffenden Sitzung nicht da waren.

Stadtv. Korn bezeichnet die schnelle Befestigung des Stadtverordneten-Beschlusses für unheilvoll. Was nun die Bereitwilligkeit des Herrn Pfarrer betreffe, die Schule unter den bisherigen Verhältnissen weiter zu führen, so könne er mitteilen, daß er selbst bei dem Herrn Pfarrer war und diesen deswegen gefragt habe. Herr Pfarrer Schilo habe ihm erklärt, daß er in Anbetracht der Ersparung der vielen Kosten, die eine Umgestaltung der Schule verursache, bereit sei, dieselbe noch ein Jahr lang zu leiten. Er, Redner, werde betreffs der Schulen noch etwas vorlesen, was von allgemeinem Interesse ist. Wenn Akademiker ihre Vorträge vorlesen, kann er es auch, wenngleich sich auch einige Stadtverordnete schon öfters darüber aufgehalten haben. Redner bringt dann folgendes zur Kenntnis:

Bei den Lehrern der höheren Schulen beträgt das Höchstgehalt 7200 M., die Amtszulage des Direktors der Hochschule aber nur 400 M. —, die des Direktors der Volkshochschule nur 600 M. —! Wozu das entsetzliche Mißverhältnis zu Ungunsten der Volksschullehrer? Alles der „Autorität“ wegen!

Die Befahrung der Volksschule mit allerlei Me-

benaufgaben und allerlei Schreibwerk während des Weltkrieges leitete neues Wasser auf die Rektorenmaße. Mit der Unermüdlichkeit des Aufwands wiederholten die Rektoren in ihrem Organ den Ruf nach Stundenemäßigung; statt der durch den Minist.-Erlass vom 19. Nov. 1918 verlangten 12—24 Stunden, die aber in der Praxis vielfach schon längst nicht mehr gegeben wurden, sollten es höchstens 6 Stunden sein; dazu Schreibhilfe mit Schreibmaschine und Telefon. Um das alles um die nötige Zeit und Kraft zu gewinnen für eine ausgiebige Beaufsichtigung der Lehrer, die unter den Nachwehen des Krieges und besonders für die jungen Lehrer mit zumteil abgekürzter Vorbildung notwendiger sei denn je.

Der Schulleiter darf nicht mehr der Brennpunkt sein, in dem sich in den Augen des Publikums die gesamte Pädagogik und das ganze Ansehen der Schule sammelt; er soll nicht mehr, wie bisher, eine chinesische Mauer bilden, die zwischen dem Elternhause und dem Lehrer seiner Kinder steht; seine Tätigkeit soll nicht mehr eine politische sondern eine pädagogische sein, er sei nicht mehr der Aufseher und Spion sondern Mitarbeiter.

Ferner brachte Redner noch folgende Zusammenstellung, die am 1. Juli 1911 im „Mainzer Anzeiger“ veröffentlicht wurde, zur Kenntnis:

Professor Dextor an der Universität Illinois hat ein Verzeichnis aller jener Leute aufgestellt, die es im 20. Jahrhundert zu großen Erfolgen gebracht haben. Die Liste verzeichnet 8602 Namen. Zu jedem Namen hat der Gelehrte dann biographische Notizen gemacht und aus diesen nun festgelegt, daß am schnellsten, d. h. im frühesten Alter die großen Muster zu Erfolg und Ehren gelangt sind. Die nächsten waren Männer aller Wissenschaften, hiernach kamen Schauspieler und Schriftsteller, und erfolgreiche Erfinder waren die letzten in der Altersreihe. Reiner war unter 40 Jahre alt, als ihm seine Erfindung einen Namen machte. Sehr interessant ist aber die weitere Feststellung, daß von allen großen Deuten nur 12 Prozent eine akademische Bildung hatten, von großen Pianisten allein 18 Prozent. Daraus ist ersichtlich, daß es wahrlich nicht auf die Zahl der überlieferten Gramina ankommt, ob man was Großes wird oder nicht, sondern einzig auf Talent zum Berufe, auf Fleiß und auf Leistungen! daß der Mann etwas kann, praktisch ist und das in seinen Leistungen beweist, ist immer noch die Hauptsache. Ob er studiert hat, kommt dabei weniger in Betracht.

An unsere Nationalliberalen Parteifreunde!

Das Deutsche Reich, für das unsere Großväter gelitten, unsere Väter gekämpft, wir selbst uns begeistert und unsere Söhne und Brüder opfermutig den Tod erlitten haben, ist zusammengebrochen. Wie für alle anderen, so hat auch für unsere Partei der Weltkrieg mit seinem erschütternden Ausgange neue Lebensbedingungen geschaffen. Nur auf dem tatsächlich gegebenen Boden der deutschen Republik und auf demokratischer Grundlage kann der Wiederaufbau des Vaterlandes ins Werk gesetzt werden. Es gilt, gesetzmäßige Zustände wieder herzustellen. Geht es weiter wie bisher, so sind Staatsbankrott und Hungersnot und in ihrem Gefolge Plünderung und Gewalttaten unausbleiblich.

Dies Unglück kann nur eine regierungsfähige Mehrheit in der bevorstehenden Nationalversammlung abwenden. Je mehr das deutsche Bürgertum in Parteien gespalten, um so schwerer ist dies zu erreichen. Viel zu lange schon hat die Parteienzersplitterung im deutschen Volke gedauert und zur Schwächung unserer Volkskraft beigetragen.

Deshalb sind wir dem Drängen zahlreicher Parteifreunde aus allen Ecken des Reiches nach einem festeren Zusammenschluß der freibewußt gesinnten Kreise unseres Volkes gefolgt und haben uns mit anderen auf demokratischer Grundlage stehenden Organisationen unter Vintanzung bisher bestehender Gegenstände zur Deutschen demokratischen Partei vereinigt.

Ausschlaggebend war für uns, daß in einem Staate der Volksherrschaft nur große Parteien den Willen ihrer Wähler verwirklichen können. Die Deutsche demokratische Partei hat mehr als jede bloße Fortsetzung der alten Parteien die Aussicht, die gewaltigen Scharen der frischen Wählerkreise der Frauen und der Jugend mit sich zu reißen, die ohne Verständnis für alten Zwist mit offenem Sinn für neue Gedanken in das politische Leben hereinströmen. Wir trauen ihr zu, daß sie die große Partei ist, die, alle Schichten des Volkes umfassend, jede einseitige Klassenherrschaft verhindert.

Die Gesinnungen, die uns bisher geleitet haben, bleiben in der Deutschen demokratischen Partei in guter Hut.

Die liberale Idee von dem besonderen Wert des einzelnen und seiner Seele und dem Aufstieg des Tüchtigen, der soziale Gedanke der Gerechtigkeit und des Schutzes des Schwächeren unter uns und die nationale Forderung der Einheit aller Deutschen und der Wahrung der Rechte des freien deutschen Volkes unter den anderen Völkern.

An alle unsere ehemaligen Parteifreunde im Lande richten wir die dringende Bitte und Mahnung, unserem Beispiel schnell zu folgen.

Berlin, 15. Dezember 1918, abends.

Dr. Brandenburg, M. d. A., Oberlehrer, Reiz. Dr. Bollert, M. d. A., Justizrat, Berlin. Dr. Böhm, M. d. A., Vorf. des deutschen Bauernbundes, Berlin. Friedberg, M. d. A., Staatsminister a. D., Berlin-Charlottenburg. Jäger, M. d. A., Vorhofsloffer, Berlin-Friedenau. Jand, M. d. A., Geh. Justizrat, Leipzig. Dr. Köhler, Geschäftsführer des Bauernbundes, Berlin. Krüger, M. d. A., Gutsbesitzer, Hoppenrade. Riß, M. d. A., Rechtsanwalt, Berlin-Grumewald. Frhr. v. Richtofen, M. d. A. u. A. Vögnationsrat, Berlin. Prinz Heinrich zu Schaumburg-Carolath, M. d. A. u. A., Amtg. Wachsberg de Wente, M. d. A. u. A., Postbesitzer, Osnabrück usw. usw. (6990)

Nedner bemerkt dann, aus Vorliegendem gehe hervor, daß eine Stadt nicht alle Mittel für eine höhere Schule verwenden soll. Er selbst sei sogar mitbeteiligt, da er ebenfalls einen Jungen habe, der die höhere Schule besucht, aber er sei trotzdem dafür, daß auch etwas für die Volksschulen getan werden müsse. In der höheren Töchterschule bricht man neue Fenster, die 2000 Mark kosten, während man für die Volksschule nichts tut, man verdrängt sogar die Kinder daraus und bringt sie im Rathhaussaal unter. Man wendet Geld auf für fremde Kinder von auswärts, die hier die Vateinschule besuchen; da solle man in erster Linie dafür sorgen, daß auch für unsere Kinder in der Volksschule etwas getan wird.

Stadtv.-Vorsteher Kögler erwidert darauf, daß ja gerade die Vateinschule für solche Kinderbestimmte da sei, die ihre Kinder nicht nach Wiesbaden schicken können.

Stadtv. Rau ist trotz dieser Ausführungen gegen eine sofortige Umgestaltung der Vateinschule, denn wer weiß, ob die Berechtigung zum Einjährigen überhaupt bleibt.

Seminarlehrer Nögel: Die Versammlung geht hier von einem falschen Standpunkt aus. Es handelt sich hier nicht um die Schule allein sondern in erster Linie um den Vetter. Ob der Herr Pfarrer nochmals die Genehmigung als Leiter derselben erhält, weiß man noch nicht. Es handelt sich in erster Linie um die Veltung, und da muß eine Aenderung geschaffen werden, wenn die Schule weiter bestehen soll.

Bürgermeister Dr. Reutner macht einen Vermittlungsvorschlag, der dahin geht, daß der Magistrat, falls die Umgestaltung der Schule heute grundsätzlich beschlossen wird, nicht vor drei Monaten mit dem Beschluß auf Errichtung der Schule selbst und mit der Bewilligung der Mittel kommt. Es wird aber jedenfalls doch noch viel länger dauern. Lassen Sie die Zeit nicht vergehen und das Aussehen der Schule sinken, mahnte Nedner zum Schluß.

Seminarlehrer Nögel glaubt, daß dem Herrn Pfarrer die Aufsicht über die Schule nicht weiter gestattet

werden würde, er macht daher den Vorschlag, bei der Regierung dieserhalb anzufragen.

Stadtvorordneter Fleschner kommt noch auf die Ausführungen seiner Vorredner und den Brief des Herrn Kaplan an den Magistrat zurück und erklärt, daß er nicht begreifen kann, wie ein Kaplan einen derartigen Brief an den Magistrat schreiben kann. Nedner wirft dem Herrn Bürgermeister wiederholt den von diesem gemachten Anspruch, daß die Stadtvorordneten zur Schule nichts zu sagen haben vor und ersucht, heute den Magistratsantrag zu verlegen, um die Minderheit nicht zu erdrosseln. Was nun den Rektor anbelangt, kann der Magistrat ja machen was er will.

Stadtvorordneter Dr. Kornbusch erklärt, es habe sich heute eklatant gezeigt, daß in der Stadtverwaltung Sachen vorgehen, die unerschöpflich sind, daß hinter-rücks die einzelnen Stadtvorordneten beeinflusst werden, um das, was heute beschlossen wird, morgen wieder umzuwerfen. In der Bevölkerung heißt es dann, die ganze Versammlung ist umgefallen. Diese Sachen können auf keinen Fall so weiter gehen.

Stadtvorordneter Abt beschwert sich nochmals über die Art und Weise, wie der Bürgermeister die Sache behandelt und wie er ihm hinterrücks in den Rücken gefallen ist. Nedner ist gegen die Annahme des Punktes.

Bürgermeister Dr. Reutner sucht nochmals in der eindringlichsten Weise, Herrn Dr. Kornbusch eines Anderen zu belehren und ihm die Möglichkeit des Magistratsantrages zu erklären, er ist sogar bereit, mit ihm persönlich nochmals die ganze Angelegenheit durchzugehen und zu besprechen und will dann dem Magistrat nochmals den Beschluß vorlegen.

Stadtv. Rau ruft dazwischen: „Schluß! Weg damit!“

Stadtvorordneter Dr. Kornbusch erwidert, der Herr Bürgermeister soll es machen, wie es richtig ist, er soll dem Magistrat den letzten Beschluß zur Stellungnahme vorlegen und den darauf zu fassenden Magistratsbeschluß dann dem Kollegium wieder vorlegen beziehungsweise, wenn der Magistrat ihn beanstanden will, dies begrundeten.

Bürgermeister Dr. Reutner versucht nun nochmals mit aller Geredsamkeit, Herrn Dr. Kornbusch umzustimmen und für seinen Magistratsantrag zu gewinnen.

Stadtv. Dr. Kornbusch verbittet sich eine weitere Beeinflussung seiner Person von Seiten des Herrn Bürgermeisters und wünscht nicht, daß ihm dieser eine weitere Ansicht einzuflüßern sucht.

Nach einer kurzen Kontroverse, die zwischen verschiedenen Stadtvorordneten und dem Bürgermeister wegen dessen Art und Weise der Behandlung entsteht, macht Stadtv. Fleschner dem Bürgermeister den Vorwurf, daß er die Versammlung in vielen Fällen nicht genügend informiert und daß die Referenten über die einzelnen Punkte fehlen.

Bürgermeister Dr. Reutner: Die Umgestaltung der Vateinschule sei schon vor Monaten zur Kenntnis der Versammlung gekommen.

Stadtv. Rau: Er sei früher auch für die Errichtung der höheren Schule gewesen, nachdem er aber gehört habe, welche enormen Gelder dieselbe verschlinge und die Öffentlichkeit über derartige hohe Ausgaben sehr aufgeregt habe, sei er anderer Ansicht geworden. Wenn der Bürgermeister aufrichtig wäre, hätte er die Stadtvorordneten nicht zu sich aus dem Zimmer kommen lassen; als akademisch gebildeter Bürgermeister hätte er wissen müssen, daß sich das nicht gehört.

Stadtv. Dr. Kornbusch fragt an, was wohl zur Umgestaltung der Schule alles erforderlich sein würde, wie hoch sich sämtliche Kosten belaufen werden und wie die Regierung sich zu diesem Vorschlag stellen wird.

Nachdem die Verhandlung über diesen Punkt nahezu 2 1/2 Stunden in Anspruch genommen hat, wird der diesbezgl. Stadtvorordnetenbeschluß trotz aller Geredsamkeit des Herrn Bürgermeisters zur nochmaligen Beschlußfassung an den Magistrat zurückverwiesen.

(Fortsetzung und Schluß in der Beilage.)

Verantwortlicher Schriftleiter: Alwin Voegel, Eltville

Volksgenossen! Volksgenossinnen!

Nur noch wenige Stunden sind es, die uns vom Tage der Entscheidung trennen, von dem Tage, an dem die Vertreter gewählt werden sollen, die zukünftig über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes zu bestimmen haben. Die verschiedenen Parteien haben ihre Kandidatenliste präsentiert und sind in den Wahlkampf eingetreten. Man beobachtet auch hier, wie bei früheren Wahlen wieder, wie die Gegner der Sozialdemokratie mit Verleumdungen und Verdrehungen am Werke sind. Als Hauptkennzeichen haben sie sich diesmal das Gespenst: „Die Sozialdemokratie wolle die Religion vernichten“, erwählt. Niemals bekämpfte die Sozialdemokratie die Religion oder die Kirche, die es ernst nahm mit ihrer Pflicht. Gerade das Gegenteil, die Sozialdemokratie will eben die wahre Lehre unseres Nazareners, die die Entseufelung der Bedrückten und Notleidenden bedeute, verwirklicht sehen. Sie hält den Verfall der Geistlichen und das Aussehen der Kirche für viel zu würdevoll, als daß es in den Not der politischen Kämpfe heruntergerissen wird. Was die Sozialdemokratie bekämpft und verabscheut ist das, daß die Kirche vielfach zu anderen, als ihrem eigentlichen Zwecke benutzt wird, sei es auf dem Gebiete der Agitation, sei es im Aufeinanderbegehen einer Volksgemeinschaft gegen die andere. Die Sozialdemokratie betrachtet die Kirche lediglich als den Ort, wo ein jeder seiner inneren Stimme gehorchend, seine religiösen Ansichten befriedigen kann.

Ferner unterscheidet man der Sozialdemokratie: „Sie wolle alle Betriebe und Produktionsmittel sozialisieren und konfiszieren und dadurch den Handwerker und die kleinen Geschäftsleute ruinieren. Diese Utopie überlassen wir denjenigen von denen sie ausging. Was die Sozialdemokratie will, ist, daß die großen Berg- und Hüttenwerke sowie Verkehrsbetriebe, die durch die Ausbeutung der Volksmehrheit, dem Privatkapitalisten heute Millionen von Erträge bringen, in einer von wissenschaftlich gebildeten Männern erforschten Weise unter die Kontrolle der Allgemeinheit gestellt wird und somit auch diese Millionenerträge der Allgemeinheit zugeführt werden. Sie will vor allen Dingen die Arbeit richtig bewertet wissen, denn wenn dies geschieht, wird auch der breiten Masse des Volkes vergönnt sein, berechnigte Ansprüche an's Leben zu stellen, die ihr bis heute auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stellung vorenthalten wurden. Dann wird auch der Handwerker und kleine Geschäftsmann auf seine Rechnung kommen.

Nicht gilt unser Kampf dem Kapital

als solchem, sondern was wir bekämpfen, sind die Anwachse desselben, d. h. wir bekämpfen, daß Erträge, die durch fleißige Hände erworben wurden, nur allein dem Privatkapital zugeführt werden, während die Erzeuger dieser Erträge hungern und darben müssen. Nicht verschlemmen soll der saule Sauch, was fleißige Hände er-

werben, sondern wer genießen will, soll auch arbeiten, sei es mit der rauhen Hand in der Werkstatt, sei es mit den Manschettenbeträgten Händen auf der Schreibstube, sei es hinter dem Pfluge oder auf dem Konseratorium. Jeder erfülle seine Pflicht auf seinem Posten. Aber wenn wir einsehen unserer Pflicht sind, müssen wir auch unserer Rechte verfahren sein.

Volksgenossinnen! Seid auch ihr Euch Eurer Pflicht bewußt, vergeßt nicht, was ihr alles während der 4 Kriegsjahre erlebt habt, vergeßt nicht, was für Behandlungen man Euch manchmal von den Parteianhängern, die heute um Eure Stimme haschen, zu teil werden ließ, vergeßt nicht, daß es die Sozialdemokratie ist, die schon Jahrzehntlang Eure Rechte und Interessen vertritt.

Die Sozialdemokratie ist Gegner jeden Privilegs, mithin auch Gegner der Bevormundung der Frau durch den Mann. Die Sozialdemokratie ist es, die Euch zur Anteilnahme an politischen Leben von jeher für berechtigt erklärte. Unsere Ansicht und Eure Fähigkeit habt Ihr bewiesen, durch Eure rege Anteilnahme am Wirtschaftsleben, hauptsächlich während der Kriegszeit.

Frauen, vergeßt auch nicht, daß die Sozialdemokratie es war, die sich unermüßlich betätigte und bemüht war, dem Völkergemeißel durch Völkerverständigung ein Ende zu machen, um Euch euren Gatten, euren Kindern ihren Ernährer wieder vom Schlachtfelde nach Hause zu bringen.

Das alte System liegt nun wie ein Gartenhaus in sich zusammengebrochen vor uns. Es gilt nun, ein neues Reich zu errichten, ein neues Reich zu fundamentieren und aufzubauen.

Darum Volksgenossen und Genossinnen an die Arbeit, an die Arbeit mit dem Stimmzettel in der Hand, gebt demjenigen Eure Stimme, von denen ihr die Gewißheit habt und die sich berufen fühlen und wissen, das Fundament zu einem neuen Staatshause, zu einem neuen Reiche so zu legen, daß wir uns alle, alle darin wohl fühlen und daß sind die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, beginnend mit dem Namen

Scheidemann!

Niemand versäume seine Wahlpflicht, denn wer nicht wählt, unterstützt seinen Gegner.

Der sozialdemokratische Wahlverein Eltville und Umgegend.

Wähler und Wählerinnen!

Wer mit uns

Deutschland vor dem Untergang bewahren,
Brot, Friede und Arbeit sichern,
Religion, Kirche und Kultur dem Volke erhalten,
Recht, Freiheit und Ordnung schaffen,
die Gleichberechtigung aller Volksschichten durchführen,
den Privatbesitz sichern,
durch engen Zusammenschluss des gesamten Bürgertums
jeder Gewaltherrschaft entgegentreten
und für Deutschlands Zukunft
aus den Trümmern der Gegenwart
neues, blühendes Leben erstehen lassen will,
der wähle mit uns am **Sonntag, den 19. Januar 1919** zur

Deutschen National-Versammlung

die Kandidaten der

Deutschen Volkspartei.

Geh. Justizrat Universitätsprofessor Dr. J. Riesser, Berlin
Amtsgerichtsrat E. Lieber, Rechtsbeistand der Landwirtschaftskammer, Wiesbaden
Arbeitersekretär Fritz Geisler, Frankfurt a. M.
Stadtverordnetenvorsteher Dr. W. F. Kalle, Chemiker, Biebrich a. Rh.
Frau Julie Bassermann, Mannheim
Ingenieur Chr. Bansa, Eisenbahndirektor, Limburg.
Stadtverordneter Dr. Herm. Rumpf, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
Stadtrat Dr. Heräus, Fabrikant, Hanau a. M.
Stadtverordneter Friedr. Behle, Kaufmann und Teichwirt, Homburg v. d. H.
Schornsteinfegermeister Jean Franck, Frankfurt a. M.
Julie Velde, Oberlehrerin, Frankfurt a. M.
Kreistierarzt Dr. Jürgens Lüders, Dillenburg.
Professor Hans Köppe, Marburg.
Landesbibliothekar Dr. Wilhelm Hopf, Kassel.
Dr. Friedrich Böttcher, Schriftsteller, Mengershausen (Waldeck.)



Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei dem Kranksein und dem Hinscheiden
meines lieben Bruders, des

Chemikers

Herrn **Dr. Paul Wegerhoff**

sage ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank. Ganz besonders danke ich
noch für die zahlreichen Kranzspenden, dem Herrn Pfarrer Weckerling für die
trostreichen, wohlthuenden und zu Herzen gehenden Worte bei der Trauerfeier, sowie
dem „Evangelischen Kirchen-Chor“ für den erhebenden Gesang bei der-
selben. Vielen Dank noch allen denen, welche dem lieben Verstorbenen bei der
Ueberführung desselben nach Wiesbaden die letzte Ehre erwiesen haben.

Der trauernde Bruder:
Max Wegerhoff.

Elville, den 16. Januar 1919.



Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 5 Uhr starb nach
10-tägiger schwerer Krankheit unser liebes
gutes Töchterchen

Ilse

im Alter von 10 Jahren.

[6382]

Die schwergeprüften Eltern:

Julius Mosbach und Frau.

Elville, den 15. Januar 1919.

Kein Verrat!

Die deutsche demokratische Partei hat in
Hessen-Nassau ihre Liste mit der des Zentrums
und der deutschen Volkspartei nicht verbunden,
weil diese beiden Parteien darauf bestanden,
daß auch die Liste der deutschnationalen Volks-
partei berücksichtigt werden müsse. Die deutsch-
nationale Volkspartei ist aber die Partei der
früheren Konservativen und Altpreußen, die für
Zustände, welche zum Zusammenbruch geführt
haben, hauptsächlich verantwortlich zu machen
sind. In anderen Wahl-Kreisen hat übrigens
die deutsche demokratische Partei ihre Liste mit
denen des Zentrums und der deutschen Volks-
partei verbunden, was an sich bekanntlich
keinerlei Aufgabe der Selbständigkeit der Par-
teien bedeutet, sondern nur für die Ausnützung
der Stimmenreste in Betracht kommt. Daraus,
daß die deutsche demokratische Partei ihre
Liste auch nicht mit derjenigen der sozialde-
mokratischen Partei verbunden hat, geht un-
zweifelhaft hervor, daß der deutschen demo-
kratischen Partei ein Verrat an den bürger-
lichen Parteien, den die Rheinische Volkszeitung
zu behaupten wagt, selbstredend fern liegt.

Deutsche demokratische Partei

Ortsgruppe im Rheingau.

[6385]

Die Liste der

Deutschen demokratischen Partei

ist inzwischen endgültig festgestellt. Sie enthält folgende
Namen:

[6389]

- 1) Hermann Ruppe, Dr., Bürgermeister Frankfurt a. M.
- 2) Erich Roth, Oberbürgermeister, Kassel.
- 3) Walther Schilling, Professor, Marburg a. d. L.
- 4) Anna Schulz Dr. Frankfurt a. M.
- 5) Cornelius Trischmann, Landwirt, Oberellendbach.
- 6) Wilhelm Breidenstein, Rektor, Wiesbaden.
- 7) Josef Balzer, Arbeitersekretär Frankfurt a. M.
- 8) Fritz Kreuter, Fabrikant, Hanau.
- 9) Christoph Müller, Maurermeister, Kassel.
- 10) Charlotte Rappes, Oberlehrerin, Marburg a. d. L.
- 11) Karl Beckert, Postsekretär, Frankfurt a. M.
- 12) Karl Stein, Pfarrer, Kassel.
- 13) Friedrich Siegenmeyer, Kaufmann, Idstein.
- 14) Arnold Schuster, Landwirt Cubach b. Weilburg.
- 15) Paul Winthaus, San.-Rat, prakt. Arzt, Bad Wil-
dungen.

Es darf kein Name
durchgestrichen werden.

Jeh halte von jetzt ab wieder regelmässig

Donnerstags Vormittags von

8—1 Uhr

im Hotel **Reisenbach**

Sprechstunden ab.

Bingen, den 15. Jan. 1919.

[6386]

Rechtsanwalt Dr. Lehr.